

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 13. Dezember 73

Blatt 2380

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Wiener Umweltbericht fertiggestellt  
Flächenwidmung für die "Draschestadt"  
Schutzzone für den Grinzinger Ortskern  
Keine Rede von 9-Schilling-Straßenbahntarif

Lokal:

Beginn der Budgetdebatte  
Kulturamt beteiligt sich an Hilfsaktion für  
gelähmte Bildhauerin  
Städtische Bäckerei: Täglich 5,7 Tonnen Back-  
waren  
Südbahnzubringer: Achtung Schleudergefahr!  
"Gästepaß" für Wien-Besucher

Sport:

Gaswerk-Gewichtheber suchen Nachwuchs

Kulturdienst:

Bezirksmuseum Mariahilf: Gedächtnisausstellung  
für Franz Lehar

Chef vom Dienst: Tel. 42 800 / 2971 (Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

## wiener umweltbericht fertiggestellt

wien, 13.12. (rk) stadtrat peter s c h i e d e r praesentierete mittwoch den soeben fertiggestellten wiener umweltbericht der oeffentlichkeit. in einem informationsgespraech mit journalisten betonte der stadtrat, dass dieser bericht der versuch einer bestandsaufnahme der umweltsituation in der bundeshauptstadt sei. der bericht fasst aber auch den grossteil der bisher fertiggestellten untersuchungen und messungen zusammen.

dieser bericht wird morgen, donnerstag allen mitgliedern des gemeinderates vorgelegt und soll grundlage bei der budgetdebatte zum thema umwelt sein. schieder: wien hat nicht die absicht, geheim-oekologie zu betreiben. der bericht zeige ungeschminkt probleme auf dem umweltsektor in wien, erhebe aber keinen anspruch auf vollstaendigkeit.

an gesetzlichen aktivitaeten im kommenden jahr kuendigte der umweltschutzstadtrat an: gruenlandschutzgesetz, vorarbeiten fuer ein oelfeuerungsgesetz, eine neufassung des abwassergesetzes mit wesentlich strengeren bestimmungen und unter anderen initiativen eine ueberpruefung des luftemissionsgesetzes auf eine eventuelle verbesserung.

vom bund will schieder vor allem erreichen, dass dem land wien die moeglichkeit gegeben wird, gegen die besitzer von abgestellten tankfahrzeugen im wohngebiet vorzugehen und die beseitigung von autowracks schneller und unbuerokratischer durchzufuehren.

da im kommenden jahr fuer den umweltschutz im budget mehr geld als im jahre 1973 vorhanden sein wird, koennten die umweltsmessungen verstaerkt und die bereits bestehenden kontrollnetze erweitert werden. schieder kuendigte fuer das kommende jahr auch einen verstaerkten kundendienst fuer die bevoelkerung in umweltbelangen an. er lasse zurzeit pruefen, ob anregungen und beschwerden durch eine eigene servicestelle geprueft werden sollen, ob ein umweltschutzkundendienst mit eigener telefonnummer geschaffen wird oder ob servicestellen in den einzelnen bezirken etabliert werden sollen.

+++

k o m m u n a l :

=====

## flaechenwidmung fuer die ''draschestadt''

1 wien 13.12. (rk) der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr hat am mittwoch mehrheitlich beschlossen, einen vorschlag fuer einen flaechenwidmungsplan fuer die ehemaligen draschegrunde im sueden wiens ausarbeiten zu lassen. und zwar vom ersten preistraeger des seinerzeitigen staedtebaulichen wettbewerbes, der amerikanischen architektengruppe g.w. q u a l l s aus philadelphia, die einen arbeitgemeinschaft mit den beiden wiener architekten h. l i n t l und e. c h r i s t o p h eingegangen ist. in der debatte wies gr. dr. peter m a y r (oevp) darauf hin, dass man doch mehrmals die prioritaaet der stadterneuerung vor der stadterweiterung betont habe und man daher doch eine andere verwendung fuer diese flaechen suchen sollte. immerhin seien die alten zielvorstellungen des wettbewerbes auf 60.000 bis 70.000 einwohner und etwa 20.000 arbeitsplaetze ausgelegt.

stadtrat ing. fritz h o f m a n n erklarte, wenn man die grundlage fuer eine flaechenwidmung schaffe, so sei dies nicht gleichbedeutend mit einer realisierung. zudem seien urspruenglich auch grosse betriebsstaetten ins auge gefasst worden, was mit einer interessentengruppe fuer ein grosses einkaufszentrum in diesem bereich wiens durchaus in einklang zu bringen waere. ausdruecklich betonte der stadtrat, dass selbstverstaendlich auch eine vorhandene siedlung bei dem entwurf fuer den flaechenwidmungsplan beruecksichtigt werden muesse. der antrag wurde schliesslich mit den stimmen der spoe angenommen.

0906

k o m m u n a l :

=====

## schutzzone fuer den grinzinger ortskern

3 wien, 13.12. (rk) der ortskern von grinzing soll in eine schutzzone nach dem altstadterhaltungsgesetz umgewandelt werden: dies hat in seiner letzten sitzung der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr beschlossen. ziel dieser massnahme ist es, das noch vorhandene ensemble von hauerhaeusern, alten gutshoefen und villen zusammen mit der pfarrkirche in seiner charakteristischen form zu erhalten.

0915

L o k a l :

=====

kulturamt beteiligt sich an hilfsaktion fuer gelaehmte  
bildhauerin

2 wien, 13.12. (rk) vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h  
s a n d n e r veranlasste, dass der gelaehmten bildhauerin und  
zeichenlehrerin josefine s o k o l e ein geldbetrag von 5.000 s  
uebermittelt wird. das kulturamt der stadt wien schliesst sich damit  
einer hilfsaktion an, die von ehemaligen schuelerinnen der er-  
krankten gestartet wurde.

die schuelerinnen veranstalten in der secession eine ver-  
kaufsausstellung von eigenen bildern. ausserdem steuerten einige  
bekannte kuenstler - unter ihnen fritz wotruba - einige werke  
bei. den reinerloes erhaelt frau sokole, die seit einer schweren  
erkrankung im vorjahr teilweise gelaehmt ist und an sprachstoerungen  
leidet.

0912

L o k a l :

=====

staedtische baeckerei: taeglich 5,7 tonnen backwaren

4 wien, 13.12. (rk) 'eigenbroetelei' betreibt die wiener stadtverwaltung seit genau fuenfzig jahren, berichtet 'wien aktuell' und meint damit das jubilaeum des halbhundertjaehrigen bestandes der staedtischen baeckerei. im wirtschaftlichen krisenjahr 1923 gegrundet, erzeugte sie im ersten betriebsjahr rund 386.000 kilogramm brot hauptsaechlich fuer spitaeler und altersheime. 1928 uebersiedelte die baeckerei in ein modernes gebaeude in der hasnerstrasse 123 in ottakring.

nach grosszuegigem ausbau des maschinenparks stellen die 38 mitarbeiter der staedtischen baeckerei heute pro tag 5,7 tonnen schwarz- und weissbrot, kleingeback und mehlspeisen her.  
0921

L o k a l :

=====

suedautobahnzubringer: achtung schleudergefahr (rufz.)

8 wien, 13.12. (rk) bei glatteis muessen autofahrer auf dem zubringer von der altmannsdorfer strasse zur suedautobahn beziehungsweise nach favoriten heuer besonders aufpassen. die neue, drei kilometer lange fahrbahn kann in diesem winter nur mit splitt, nicht jedoch mit salz bestreut werden, sonst wuerde die betondecke ruiniert werden. es wird also dringend empfohlen, bei glatteis die geschwindigkeit entsprechend zu drosseln. die bundesstrassenverwaltung hat im einvernehmen mit der magistratsabteilung 48 nun elf grosse hinweistafeln aufgestellt. die schilder avisieren an den verschiedenen auffahrten ''keine salzstreuung - schleudergefahr''.

1030

s p o r t :

=====

gaswerk-gewichtheber suchen nachwuchs

6 wien, 13.12. (rk) den gewichthebern von gaswerk gelang es heuer zwar nicht, den titel eines staatsmeisters zu verteidigen, aber es wurde immerhin der zweite platz erreicht, und fuer die zukunft gibt es grosse plaene. zu ihrer verwirklichung werden noch einige starke maenner gesucht. anmeldungen im wiener gaswerk, 8, josefstaedter strasse 8-10, parterre, zimmer 4, telefon 42 16 16, durchwahl klappe 127.

0926

Kommunal:

## Beginn der Budgetdebatte

=====

Wien, 13.12. (RK) Im Wiener Gemeinderat begann Donnerstag - in Abwesenheit des erkrankten Bürgermeisters Leopold Gratz - die Debatte über das Budget der Stadt Wien für 1974 mit dem einleitenden Referat des Finanzstadtrates Hans Mayr (SPÖ). Die Debatte wird bis kommenden Mittwoch dauern.

Stadtrat Mayr legte ein Budget vor, das einen Ausgabenrahmen von 28,4 Milliarden Schilling vorsieht und damit der nach dem Bundesbudget mit Abstand größte öffentliche Voranschlag Österreichs ist. Da ein Abgang von nur 1,2 Prozent vorgesehen ist, kann das Budget als ausgeglichen bezeichnet werden. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt real nicht ganz 14 Prozent.

Stadtrat Mayr verwies auf die Schwierigkeiten, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Höhe des Wirtschaftswachstums zu prognostizieren. Es seien nicht ökonomisch rationale Entscheidungen, die sehr nachhaltige Auswirkungen auf die österreichische Volkswirtschaft haben könnten, sondern emotionale Handlungen, die von der Situation im Nahen Osten geprägt seien. Unsere Welt sei sehr klein geworden, die Abhängigkeit der Volkswirtschaften voneinander sei offenkundig. "Wir betreiben keine Vogel-Strauß-Politik", sagte Stadtrat Mayr, "wenn wir dennoch für die Erstellung des Voranschlages die von der Wirtschaftswissenschaft gelieferten Daten als Grundlage nehmen. Welche Auswirkungen eine Verschärfung der Situation etwa bei der Ölversorgung haben wird, kann nämlich noch weniger genau vorhergesagt werden. In dieser Hinsicht für den Voranschlag im gegenwärtigen Zeitpunkt Annahmen zu treffen, wäre Spekulation. Ich darf jedoch feststellen, daß die Stadt Wien auch für diesen Fall gewappnet ist."

Die bisherige Entwicklung sei durch eine anhaltende Hochkonjunktur mit Überhitzungserscheinungen vor allem im Bereich der Bauwirtschaft gekennzeichnet, und auch die letzte internationale Konjunkturabschwächung habe sich in Österreich nicht ausgewirkt. Die Anzeichen deuten darauf hin, daß nun eine Phase der Konjunkturkonsolidierung erreicht sei, die es ermöglicht, die negativen Folgen der Überhitzung einzudämmen. Dabei müsse jedoch alles unternommen werden, um Rezessionserscheinungen zu vermeiden. "Ich mache kein Hehl daraus", sagte Stadtrat Mayr, "daß wir die Entwicklung der Wirtschaft nicht ohne Sorge betrachten. Wir werden die Tendenzen sehr genau beobachten, wobei dem vom Bürgermeister angeregten Wirtschaftsbeirat eine sehr wesentliche Aufgabe zukommen wird. Wien ist keine Insel der Seligen, sondern durch die vielfältigen Verflechtungen der modernen Wirtschaft in hohem Maß von der Entwicklung der österreichischen aber auch der internationalen Wirtschaftslage abhängig. Ich betone nachdrücklich, daß die Erhaltung der Vollbeschäftigung das Hauptziel der Wiener Wirtschaftspolitik darstellt. Sollte sich die Situation verschlechtern, so werden alle verfügbaren Mittel einschließlich der Rücklagen eingesetzt werden, um die Vollbeschäftigung zu erhalten."

Stadtrat Mayr kündigte die Einführung einer mittelfristigen Finanzplanung an. Sie sei notwendig, da der einjährige Haushaltsplan zu der Bewältigung der großen Probleme nicht ausreiche. Welche Bedeutung einer mittelfristigen Planung zukomme, ergebe sich schon daraus, daß das Budget der Stadt Wien rund 15 Prozent des Wiener Regionalproduktes umfasse.

Die öffentlichen Aufträge seien für die Wirtschaft von größter Bedeutung. Ein drastisches Beispiel sei der Bau der U-Bahn. Untersuchungen haben ergeben, daß beim Wiener U-Bahn-Bau nur 3,3 Prozent der Wiener Bauarbeiter eingesetzt seien, diese jedoch einen Umsatzanteil von 7,8 Prozent erarbeiteten.

Ernste Sorge bereite die Preisentwicklung, die durch die Verknappung auf dem Energiesektor sehr ungünstig beeinflusst werde. Der Stabilisierungspolitik komme daher weiterhin große Bedeutung zu. Es müsse daher eine Doppelstrategie entwickelt werden. Einerseits müsse einer preissteigernden Entwicklung entgegengewirkt werden, andererseits könnten in bestimmten Branchen gezielte Stützungsmaßnahmen notwendig werden. Die jüngste Entwicklung auf dem Energiesektor sei eine Mahnung zur Vernunft für jene, die die Befriedigung ihrer Einzelziele an die Spitze stellen, ohne auf ihre Umgebung zu achten.

Bei der Behandlung der einzelnen Geschäftsgruppen befaßte sich Stadtrat Mayr besonders eingehend mit den Problemen des Wohnbaues, des Umweltschutzes, des Gesundheitswesens und des öffentlichen Verkehrs.

**Wohnbau:** Die Stadtverwaltung sehe sich größten Schwierigkeiten auf dem Grundstückssektor gegenüber. Der Wunsch nach einer neuen Bodenordnung ergebe sich daraus, daß es mit den derzeitigen Rechtsbestimmungen nicht möglich sei, den Erfordernissen des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnbaues Rechnung zu tragen.

**Umweltschutz:** Es sei eine der positivsten Entwicklungen der letzten Jahre, daß sich in weiten Kreisen der Bevölkerung ein gesundes Bewußtsein für den Umweltschutz entwickelt habe, wenn es auch - wie immer, wenn eine Sache neu entdeckt wird - zu Überspitzungen gekommen sei. Es sei auch für den Umweltschutz nicht zweckmäßig, wenn jede Initiative der Stadtverwaltung mit dem Hinweis auf Umweltschutz erstickt werde. Es gelte, den Weg zu finden, die notwendigen Investitionen durchzuführen und zugleich die Umwelt entsprechend zu schützen oder sogar zu verbessern.

**Gesundheitspolitik:** Für die Wohlfahrts- und Krankenanstalten sollen im kommenden Jahr 4.485 Millionen Schilling aufgewendet werden, denen lediglich Einnahmen von 1.875 Millionen gegenüberstehen. Es erscheine daher verständlich, wenn mit allem Nachdruck die Lösung des Problems der Finanzierung der Krankenanstalten gefordert werde.

**Öffentlicher Verkehr:** Die Verkehrsprobleme in den Ballungsräumen können nur durch eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs gelöst werden. Das Kraftfahrzeug solle nicht verteufelt oder überhaupt zum Verschwinden gebracht werden, aber man müsse sich darüber klar sein, daß Vorrang für den öffentlichen Verkehr zugleich den Nachrang für den individuellen Verkehr bedeute.

**UNO-City:** Mit dem Bau dieses Komplexes erhalte Wien eine städtebauliche Dominante einmaliger Art. Diese Chance dürfe nicht ungenützt bleiben.

"Kommunalpolitik ist die Politik für den Bürger dieser Stadt, für seine unmittelbare, für ihn überschaubare Umgebung" sagte Stadtrat Mayr. So unmittelbar wie die Kommunalpolitik den einzelnen trifft, so unmittelbar wird er von sonst keiner gesellschaftlichen Handlung betroffen. Wir haben dafür zu sorgen, daß trotz der Auswirkungen der beiden industriellen Revolutionen unsere Städte den besten Lebensbereich für den Menschen bilden. Die technische Entwicklung für die nächste Generation ist nicht absehbar. Wir wissen nicht, was uns die Zukunft bringt. Aber eines wissen wir: Wenn wir den politischen Mut zum Experiment haben, wenn wir den Mut haben, unsere Bürger zur Mitarbeit bei der Gestaltung unserer Stadt aufzurufen, wenn es uns gelingt, die Wissenschaft so herauszufordern, daß sie sich der Probleme des städtischen Lebens annimmt, dann wird es uns auch gelingen, aus der Großstadt wieder den idealen Lebensraum für den Menschen zu schaffen."

Stadtrat Mayr berichtete, daß 60 Wiener Bürger vom Recht der Einsichtnahme in den Voranschlag Gebrauch gemacht haben und dabei insgesamt 59 Erinnerungen abgegeben wurden. Sie werden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen werden. In Ergänzung zum vorliegenden Budget beantragte Stadtrat Mayr die Vollmacht, bestimmte Ermessenskredite entsprechend der jeweiligen Konjunkturlage bis zum Ausmaß von 15 Prozent zu sperren.

In seinem Referat informierte Stadtrat Mayr auch über den Minderheitsantrag der ÖVP zur Abänderung des Budgets. Dieser Antrag wurde zwar im Stadtsenat von der Mehrheit abgelehnt, mußte jedoch auf Grund der Verfassung dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden.

#### FPÖ - gegen Budget

Die schönen Zeiten der letzten Jahre seien vorbei, meinte als erster Generalredner zum Budget GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Während die Einnahmen der Gemeinde von 1964 bis 1974 von sieben auf 28 Milliarden sich vervierfacht hätten, könne man eine solche Steigerung am privaten Sektor nicht behaupten und damit stimme das Schlagwort vom privaten Wohlstand und der öffentlichen Armut nicht. Die Steigerung von etwa 15 Prozent im Budget für das

kommende Jahr werfe die Frage auf, ob ein solcher Optimismus vertretbar sei, denn die zugrundeliegenden Prognosen stammten aus dem Sommer.

Daher seien die aus der weltweiten Energiekrise stammenden Schwierigkeiten nicht berücksichtigt. Immerhin hatte der deutsche Bundeskanzler Brandt von der Gefahr eines Null-Wachstums gesprochen.

Schon bisher seien die Großprojekte ohne entsprechenden Finanzierungsplan begonnen worden. Obwohl seinerzeit schon Stadtrat Schweda von einer Finanzvorschau gesprochen habe, fehle sie bis heute. Mit seiner Meinung stehe er nicht allein da, sagte Hirnschall, da sich auch der Rechnungshof über das Fehlen eines Finanzierungsprojektes zum Beispiel bei der U-Bahn gewundert habe.

Was die UNO-City angehe, sei seine Fraktion der Ansicht, daß sich Österreich und Wien es nicht leisten können, den Luxusbedürfnissen der UN-Bürokratie zu entsprechen.

Besonders kraß benachteiligt seien in dem neuen Budget die Altenpflegeheime und die Kindergärten. Dr. Hirnschall sprach in diesem Zusammenhang vom vernichtenden Urteil, das die Amtsärztin Dr. Kars über die Alterspflege in Wien abgegeben habe. Wenngleich sicherlich überspitzt formuliert, habe sie im Grunde doch recht. Wenn der Leiter des Gesundheitsamtes Dr. Junker darauf repliziert habe, mit einer Milliarde Schilling könne man Abhilfe schaffen, dann sei es keine Frage, daß dieses Geld notwendiger gebraucht werde als die 3,5 Milliarden Schilling, auf die sich voraussichtlich der Wiener Anteil für die UN-City belaufen werde. Auch in der Grundstückspolitik sollte sich die Stadt Zurückhaltung auferlegen. Hirnschall kündigte in diesem Zusammenhang einen Antrag an, für den Bau von Altersheimen statt 42 Millionen im kommenden Jahr 200 Millionen Schilling zu Lasten der Grundankäufe auszugeben. Auch die für den Bau von Kindergärten vorgesehenen 45 Millionen sollten auf 100 Millionen Schilling aufgestockt werden, weil in Wien derzeit rund 10.000 Kindergartenplätze fehlen.

Auch die Anleihe- und Anlagepolitik der Stadt kritisierte Hirnschall: So habe der Rechnungshof festgestellt, daß die Gemeinde

öfter Kredite aufnehmen, die sie momentan nicht brauche und selbst wieder veranlasse. Dadurch entstünden Verluste von 2 bis 2,5 Prozent. Er sehe nicht ein, warum bestimmte Geldinstitute durch diese Vorgangsweise verdienen müßten und auch nicht, warum die Stadt Gebrauchsgebühren von den Verkehrsbetrieben verlange, die selbst zu wenig Geld für Investitionen hätten. Schließlich erklärte der FPÖ-Sprecher, seine Fraktion werde das Budget 1974 wegen der fehlerhaften Prioritäten ablehnen.

#### ÖVP - gegen Budget

Auch Gemeinderat Hahn als Sprecher der ÖVP warf die Frage auf, ob der im Voranschlag zutage kommende Optimismus nicht vielleicht bald überholt sein werde. Zudem fehle noch immer eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung. Im Widerspruch zu den Erklärungen von Bürgermeister Gratz stünde auch die Tatsache, daß die Mittel für die Betriebsbaugebiete im kommenden Jahr gegenüber heuer um 40 Millionen zurückgingen. Es geschehe also viel zu wenig für die Wiener Wirtschaft, deren Anteil am österreichischen Brutto-sozialprodukt von 1964 bis 1971 von 33 auf 29,5 Prozent zurückgegangen sei. Auch die Investitionen pro Beschäftigten seien um 30 Prozent geringer als im österreichischen Durchschnitt. Besonders betroffen seien in der Wiener Industrie die Textil-, Stahl-, Eisen- und Metall- sowie die Elektrobetriebe. Im Budget werde kein Konzept für eine Verbesserung der Situation ersichtlich, kritisierte Hahn. Die Hauptschuld an dieser unerfreulichen Entwicklung liege bei der sozialistischen Bundesregierung und der Rathausmehrheit.

Für den von Bürgermeister Gratz angeregten Wirtschaftsbeirat biete seine Partei die Mitarbeit an, doch dürfe dieses Gremium nicht zum Abhalten einer Show mißbraucht werden, um jemanden den "Schwarzen Peter" zuzuschieben. Der Beirat sollte als erstes eine neue Analyse der Wiener Wirtschaft und der Wiener Budgets für diese Wahlperiode vornehmen. Erst danach könnten ein Finanzierungs- und Investitionsplan erstellt werden. Wichtig sei dabei, daß endlich Folgekosten von Großprojekten berücksichtigt würden. Leider, so betonte Hahn, sei durch die Fixierung auf das Inselprojekt und die gigantische UN-City schon vor einer solchen Planerstellung eine Schwerpunktbildung vor-

weggenommen worden. Für die UN-City müßten voraussichtlich 1975 und 1976 nicht weniger als 420 beziehungsweise 770 Millionen von der Stadt Wien bereitgestellt werden, da Kreisky die große Lösung befohlen habe und Gratz diesem Befehl offenbar Folge leiste.

Die Volkspartei sei nach wie vor für die UN-City und das Konferenzzentrum im ursprünglichen Ausmaß für 2.400 Personen. Und er, Hahn, empfehle dem neuen Finanzstadtrat Mayr, die entsprechenden Unterlagen genau zu studieren. Er stellte den Antrag, der Bürgermeister solle den Bundeskanzler informieren, daß die Stadt nur bereit sei, den auf sie nach dem geltenden IAKW-Gesetz entfallenden Beitrag für die UN-City zu leisten.

Eingehend beschäftigte sich Hahn sodann mit der Frage der Gesundheitspolitik, wobei er vor allem Minister Dr. Leodolter vorwarf, die dringend notwendige Novellierung des Krankenanstaltengesetzes verschleppt zu haben. Was den Wohnbau angehe, so räche es sich jetzt, daß man sich bloß dazu durchgerungen habe, die anerkannten Mehrbaukosten nur für jene Projekte mit zu fördern, die ab 1973 beschlossen worden seien. Tatsächlich gäbe es aber Nachforderungen bis zu 1.000 Schilling pro Quadratmeter, wobei nicht nur Mitglieder des Vereines der Freunde des Wohnungseigentums betroffen seien. Bei sieben weiteren Wohnbauvereinigungen seien Nachtragsforderungen von 104 Millionen Schilling festgestellt worden, so daß man derzeit von etwa 4.000 Betroffenen mit Nachzahlungen von rund 200 Millionen sprechen müsse. Es sei zudem unverantwortlich, wenn diese Problematik angeheizt werde, obwohl doch die Sozialisten selbst Schuld an ihr trügen. Wenn Finanzstadtrat Mayr nun sagt, die nachträglichen Kosten würden auch gefördert, sei dies gut, besser wäre es gewesen, eine solche Erklärung wäre früher abgegeben worden. Hahn stellt überdies einen Antrag in diesem Sinne. Seiner Meinung nach hätte die SPÖ zufolge fehlerhafter Neuregelung der Wohnauförderungsbedingungen den Kapitalmarkt so stark überfordert, daß die angekündigten rund 15.000 Wohnungen pro Jahr in den letzten Jahren nicht gebaut wurden.

Die Volkspartei, fuhr Hahn fort, akzeptiere die 301 Millionen für den Hochwasserschutz, wenn damit die Verstärkung der linksufrigen Dämme vorgenommen werde. Auf diese Weise könnte in drei Jahren der verbesserte Hochwasserschutz für Wien fertig-

gestellt werden. Er urgierte eine klare Stellungnahme zur Donauinsel und fragte, wie denn die notwendige Stadterneuerung in den Innenbezirken finanziert werden solle, wenn man das Geld für die Insel ausgeben wolle. Auch die Kindergärten seien im Budget stiefmütterlich behandelt, statt vier sollten zehn neue Kindergärten im kommenden Jahr gebaut werden.

Schließlich beantragte Hahn einen eigenen Budgetausschuß und eine Abänderung der Stadtverfassung und Geschäftsordnung in der Weise, daß auch die Bezirksvertretungen und die Gemeinderatsausschüsse ein Mitwirkungsrecht bei der Budgeterstellung erhielten. Das Budget lehne die Volkspartei insgesamt ab.

#### Grundsätzliche Wirtschaftsdebatte

Mit grundsätzlichen Problemen der Wirtschaft befaßten sich die beiden nächsten Debattenredner.

GR. Dinhof (SPÖ) verwies darauf, daß die Wiener Wirtschaft seit langem ohne größere Schwankungen wächst. Es gab hier zwar keine solchen Spitzen, aber auch kein Tief wie in anderen Bundesländern. Die Investitionspritzen der Stadt hätten daran einen großen Anteil. Auch jetzt stünden 690 Millionen Rücklagen bereit, die herangezogen werden könnten, wenn es die Lage erfordere.

Eine neue Situation sei nun dadurch entstanden, daß das bisherige Überflußgut Erdöl, auf das die Wirtschaft der ganzen Welt aufgebaut sei, plötzlich Mangelware wurde. Der Ölhahn sei im Nahen Osten aus politischen Gründen abgedreht worden. Sonderbar sei jedoch, daß binnen Stunden anscheinend das Öl in den Pipelines eingefroren und die Tankschiffe stecken geblieben seien. Die Großölkonzerne hätten sich eine zusätzliche Profitmöglichkeit auf dem Rücken der ganzen Welt geschaffen. Es sei deshalb zu befürchten, daß es trotz der Stabilisierungsmaßnahmen zu einem verstärkten Preisdruck kommen könne. GR. Dinhof würdigte die Verdienste des seinerzeitigen SPÖ-Vizekanzlers Dr. Schärf, der vor dem Abschluß des Staatsvertrages darauf bestanden habe, daß die österreichischen Ölquellen in österreichische Hand kommen müßten und deshalb von ÖVP-Zeitungen als "Hemdärmel-Politiker" kritisiert worden sei.

Zur VP-Kritik am Gesundheitsressort verlangte GR. Dinhof Fairneß gegenüber einem neuen Mann, der sich jetzt erst die Probleme genau anschauen müsse. Dieses Ressort sei seit Jahrzehnten von VP-Vertretern geleitet worden. Bevor man jetzt die notwendigen

Maßnahmen setze, müsse man erst das Gesamtkonzept überprüfen. Dabei sei zu berücksichtigen, daß der Ausbau der Wohlfahrts- und Krankenanstalten nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein personelles Problem sei. Wenn genügend Personal vorhanden sein sollte, werde auch das nötige Geld da sein.

Stadtrat Neusser (ÖVP) verwies darauf, daß zum erstenmal seit 28 Jahren die Mehrheit allein das Wiener Budget beschließe, das also ein sozialistisches Budget sei. Dabei sei es verabsäumt worden, vom U-Bahn-Bau abgesehen, die notwendigen Schwerpunkte zu setzen. Mit einer antizyklischen Budgetpolitik müßte man den der Wirtschaft drohenden Gefahren begegnen. Aus den Kreditrestriktionen der Bundesregierung ergäben sich ernste Folgen. In der Bauwirtschaft seien sie mit einem Verspätungseffekt von eineinhalb bis zwei Jahren spürbar. Erstmals seit langer Zeit sei in diesem Winter mit einer größeren Zahl von Kündigungen in der Bauwirtschaft zu rechnen. Hier hätte das Budget eingreifen müssen. Aber für den Wohnbau seien nur um zwölf Prozent mehr vorgesehen als heuer, das gleiche nicht einmal die Lohnerhöhungen aus. Stadtrat Neusser kritisierte auch, daß infolge einer übertriebenen Erfüllung der Wünsche des Finanzministers nach Kreditrestriktionen weniger Geld für Gewerbekredite und für Betriebsansiedlungen vorgesehen sei.

Zu einem Zwischenrufduell zwischen den beiden großen Parteien kam es, als Stadtrat Neusser auf den VP-Vorschlag verwies, die drohende Versteppung der Lobau durch Hineinpumpen von Wasser zu bekämpfen. Er betonte, daß es über die Notwendigkeit eines verbesserten Hochwasserschutzes keine Meinungsverschiedenheit gebe. Streitpunkt sei allein die Donauinsel.

#### Preise, Wachstum und Budget

GR. Hatzl (SPÖ) als nächster Debattenredner beschäftigte sich zunächst mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Beschaffungsamtes, des Veterinär- und Marktamtes. So wurden vom Beschaffungamt nicht weniger als 7.200 Einzelverbrauchsstellen der Stadtverwaltung beliefert. Das Markt- und Veterinäramt spielt eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung. Es wäre wünschenswert, die Gemüsemärkte von Kagran und Simmering würden ebenfalls in den Großmarkt Inzersdorf übersiedeln. Was die Flächen des ehemaligen Großmarktes am Naschmarkt angehe, beantragte

Hatzl, der Magistrat solle Vorschläge für eine Zwischennutzung, etwa Parkplätze für die Marktbesucher oder des Theater an der Wien erstatten. Die Sanierung der Detailmärkte gehe weiter. Was die Lebensmittelkontrollen angehe, sei im ablaufenden Jahr eine Zunahme der Anzeigen festgestellt worden.

Lebhafte Zwischenrufe löste Hatzl bei seinen Ausführungen über die Preise aus. Die Preissteigerungen hätten schwindelnde Höhen erreicht. Zufolge der engen Verflechtung mit anderen Staaten sei natürlich Österreich keine Insel der Seligen. Trotzdem seien die Preissteigerungen, wie aus den Darlegungen der OECD hervorgehe, gegenüber anderen europäischen Staaten geringer und sie seien auch relativ geringer als seinerzeit unter der ÖVP-Regierung. Die Regierung jedenfalls hätte eine Stabilisierung in Österreich zustande gebracht, obwohl die Preise weder von der Regierung noch von der Stadtverwaltung gemacht wurden. Jedenfalls dürfe die öffentliche Hand nicht untätig sein und müsse den Schutz der Konsumenten, wie beispielsweise durch Preisauszeichnungen gewährleisten. Das Jammern der bürgerlichen Seite über eine Krise sei eine politische Zweckübung, wodurch lediglich das Hamstern und damit eine künstliche Nachfrage mit entsprechenden Preiserhöhungen bewirkt werde. Zu Zeiten einer sozialistischen Verantwortlichkeit gebe es jedenfalls keine Krisen, obwohl es gar nicht leicht sei, solche in einem kapitalistischen System zu vermeiden.

GR.Dkfm.Dr. Wöber (ÖVP) ging auf seinen Vorredner ein und meinte, zu den finsternen Zeiten der ÖVP-Regierung habe es eine Geldentwertung von 3 bis 3,5 Prozent gegeben, im glücklichen Sozialismus nun eine solche von 8 bis 8,5 Prozent. Hatzl habe seine Argumente aus der untersten Schublade des Klassenkampfes hervorgeholt.

Sehr ausführlich beschäftigte sich Wöber mit der Frage des Wachstums beziehungsweise der Budgeterstellung. Der Vorschlag enthalte keine klaren Prioritäten, keine Vorsorgen für Rückschläge, kein Investitionskonzept und kein Energiekonzept. Seine Partei habe Alternativen entwickelt und vorgelegt. Bürgermeister Gratz, der in Sonntagsreden Perikles zitiert und immer wieder von der Notwendigkeit der Diskussion spricht, habe nach Vorlage dieser Alternativen lediglich so repliziert, daß er im Stadtsenat abstimmen ließ. Was die Behauptung angehe, das Budget sei bei einem Defizit von 340 Millionen faktisch ausgeglichen, so stimme dies einfach nicht und sei eine Fehlinformation des Gemeinderates. Die Nettoverschuldung nehme zufolge von Darlehen und Anleihen um nicht weniger als 2,4 Milliarden Schilling oder rund zehn

Prozent des bereinigten Budgets für 1974 zu. Über einen solchen Vorgang könne man selbstverständlich reden, doch müsse man zunächst die Wahrheit sagen. Wenn man zudem mit einer nominellen Steigerung der Ausgaben von 13,8 und der der Einnahmen von 13,9 Prozent rechnet und gleichzeitig den realen Zuwachs mit vier bis fünf Prozent annehme, so liege die Inflationsrate daher logischerweise bei neun bis zehn Prozent.

Es gehe außerdem nicht an, fuhr Wöber fort, daß die SPÖ als Oppositionspartei der damaligen ÖVP-Regierung die Alleinverantwortung für Preissteigerungen zugeschoben habe, heute aber meint, die sozialistische Regierung könne ja dagegen nichts tun, da dies alles vom Ausland her komme. Was schließlich die Alternativvorschläge seiner Partei angehe, so sollte durch Eventualmaßnahmen lediglich rechtzeitige Vorsorge zur Steuerung unerwünschter Entwicklungen getroffen werden. Aber offenbar habe die SPÖ eine solche Projektsplanung nicht nötig, und sie ersetze sie ebenso wie eine gute Politik durch 66 Mandate.

Er freue sich jedenfalls, schloß Wöber, daß manches der bisherigen Praxis über Bord geworfen werden solle, so das Horten von Rücklagen, das auch der Rechnungshof bemängelt habe. Zum Schluß beantragte er, dem Gemeinderat möge ein vierteljähriger Finanzbericht vorgelegt und die Haushaltsordnung solle mehr modernisiert und nicht vom Magistratsdirektor sondern vom Gemeinderat erlassen werden.

#### Wirtschaft positiv beeinflussen

GR. Schreiner (SPÖ) warf der ÖVP vor, sie sei seit Jahren bemüht, diese Stadt, ihre Arbeit und ihre Leistungen herabzusetzen. Von den Wählern sei dazu am 21. Oktober die Antwort gegeben worden. Jetzt bemühe sich die ÖVP, Wiens Wirtschaft krank zu machen. Die Zahlen ergäben ein anderes Bild: Seit 1970 sei die Zahl der unselbstständig Beschäftigten von 738.000 auf 783.000 gestiegen, die der Arbeitslosen von 11.400 auf 7.600 gesunken, die der offenen Stellen von 14.000 auf 22.300 gestiegen. Sicher bestehe kein Grund zu übertriebenem Optimismus. Die Probleme kämen aber nicht aus der Wiener Wirtschaft, sondern seien auf den Konflikt im Nahen Osten mit allen seinen Weiterungen zurückzuführen. Aber vielleicht sei die Mahnung, mit den Schätzen dieser Welt hauszuhalten, ganz nützlich.

Zum Eventualbudget der ÖVP erklärte GR. Schreiner, er setze keine Alternativen, sondern streue einfach nach dem Gießkannensystem 330 Millionen über alles mögliche drüber. Dabei konstruiere die ÖVP - trotz der wirtschaftlichen Probleme - 135 Millionen Mehreinnahmen bei der Lohnsummensteuer, weiter ebenso unbegründet 79 Millionen bei der Getränkesteuer, rechne dann noch die beiden Beträge falsch zusammen und komme so auf 224 Millionen nebuloser Mehreinnahmen.

GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) erwiderte, daß das Eventualbudget deutlich erkennbare Prioritäten und Schwerpunkte setze.

Stadtrat Mayr (SPÖ) erklärte im Schlußwort, daß sich die Stadtverwaltung alle drei Möglichkeiten einer Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung offenhalte. Es liege ein Normalbudget vor, das von der Annahme einer ungebrochenen wirtschaftlichen Entwicklung ausgehe. Im Falle eines Überschäumens sei die Möglichkeit gegeben, bis zu 15 Prozent der Ermessenskredite zu sperren. Das sei einvernehmlich von den Finanzreferenten aller Bundesländer festgelegt worden. Schließlich könnten bis zu 690 Millionen aus der Investitionsrücklage flüssig gemacht werden, wenn es notwendig werden sollte, die Wirtschaft positiv zu beeinflussen. Ein projektbezogenes Eventualbudget, wie es die ÖVP vorschläge, sei unzweckmäßig. Es komme darauf an, im Bedarfsfall freie Gelder zu haben, die gezielt und branchenspezifisch eingesetzt werden können.

Abstimmung: Das Budget der Geschäftsgruppe 2, Finanzen und Wirtschaft, wurde mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. Die Anträge zu diesem Kapitel wurden einstimmig dem Bürgermeister, beziehungsweise den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Budgetdebatte wird Freitag um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe 1 (Personal und allgemeine Verwaltung, Stadtrat Kurt Heller) und anschließend der Geschäftsgruppe 3 (Kultur, Jugend, Bildung, VbGm. Gertrude Fröhlich-Sandner) fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

~~keine rede von 9-schilling-strassenbahntarif~~  
keine rede von 9-schilling-strassenbahntarif

15 wien, 13.12. (rk) zu einer presseaussendung des oesterreichischen pensionisten- und rentnerbundes, in der von einer geplanten erhoehung des strassenbahntarifes auf 9 schilling die rede ist, erklarte stadtrat franz n e k u l a der "rathaus-korrespondenz"; dass von einer solchen tariferhoehung ueberhaupt keine rede sein koenne. der behauptete 9-schilling-tarif ist eine voellig aus der luft gegriffene erfindung.

beratungen, die bereits vor der gemeinderatswahl begonnen wurden und in kuerze wieder aufgenommen werden sollen, betreffen lediglich eine reform des tarifes im sinne einer vereinfachung des tarifsystems. schon waehrend der letzten jahre wurde das fruehere "tarifdschungel" wesentlich vereinfacht. die zahl der verschiedenen tarife wurde dabei von 112 auf 39 vermindert. im zuge der weiteren rationalisierung, vor allem des ueberganges zum schaffnerlosen betrieb, sind weitere vereinfachungen unbedingt notwendig. ueber eine tarifierhoehung wurde jedoch nicht gesprochen.

1434

L o k a l :

=====

## "gaestepass" fuer wien-besucher

12 wien, 13.12. (rk) um 15 prozent hoeher als 1973 wird das touristische werbebudget wiens 1974 sein, das die wiener fremdenverkehrs-kommission unter vorsitz von vizebuergemeister gertrude froehlich-sandner mittwoch beriet. durch rationalisierung des informationsmaterials eingesparte betraege kommen insbesondere verkaufsunterstuetzender werbung fuer die wintersaison zugute. werbeschwerpunkte sind skandinavien, japan, australien und suedamerika.

die fremdenverkehrs-kommission befasste sich ausserdem mit der geplanten einfuehrung eines "gaestepasses" in wien und diskutierte moeglichkeiten zur objektivierung des in letzter zeit mehrfach kritisierten - nicht vom fremdenverkehrsverband betriebenen - auskunftsdienstes an den stadteinfahrten ("informationswaggons") und auf den bahnhoefen.

in anlehnung an die uebung in den anderen bundeslaendern beschloss die kommission ferner auf antrag von vizebuergemeister gertrude froehlich-sandner die berufsbezeichnung "Landesfremdenverkehrsdirektor" fuer den geschaeftsfuehrer des fremdenverkehrsverbandes fuer wien, dr. helmut k r e b s .

1247